

# WIR ÜBER 60

1/22



Das Magazin des Seniorenbeirats  
der Landeshauptstadt München

## Die 12. Wahl der Seniorenvertretung

Pflegenotstand und  
Fachkräftemangel

Die Pflegekasse



**Sprechstunden des Seniorenbeirats  
in unserer Geschäftsstelle:**

Burgstraße 4, 1. Stock, Zimmer 105,  
80331 München, Tel. 089 233-211 66

**Allgemeine Sprechstunde**

Jeden dritten und vierten Dienstag  
im Monat und jeden Donnerstag  
9.30 Uhr bis 12.00 Uhr

**Entfällt derzeit.  
Bitte nachfragen!**

**Beratung zur Wohnungsanpassung**

Jeden zweiten Dienstag im Monat  
10.00 Uhr bis 12.00 Uhr

**Entfällt derzeit.  
Bitte nachfragen!**

**Patientenberatung**

Jeden dritten Dienstag im Monat  
10.00 Uhr bis 13.00 Uhr  
Nur mit telefonischer Anmeldung:  
089 233 - 211 66

**Rentenberatung**

Jeden zweiten Montag im Monat  
10.00 Uhr bis 12.00 Uhr  
Nur mit telefonischer Anmeldung:  
089 233 - 211 66

**Kostenlose Anwaltserstberatung**

Jeden ersten Dienstag im Monat  
9.00 Uhr bis 12.00 Uhr  
Nur mit telefonischer Anmeldung:  
089 233 - 211 66

**Energieberatung**

Jeden dritten Montag im Monat  
10.00 Uhr bis 12.00 Uhr

**Herausgeber:**

Seniorenbeirat der Landeshauptstadt München  
Verantwortlich: Dr. Reinhard Bauer  
Burgstraße 4, 80331 München  
Telefon: 089 233-211 66  
Telefax: 089 233-254 28  
seniorenbeirat.soz@muenchen.de  
www.seniorenbeirat-muenchen.de

**Redaktion:**

Vanessa Möller, Kathrin Schirmer  
Kathrin Schirmer | *Kommunikation*, Otterfing

**Layout:**

QuerFormat Werbeagentur, München  
Fotos/Illustrationen: QuerFormat (S. 1, 15, 17, 20),  
Seniorenbeirat (S. 11, 16, 19), iStock (S. 8),  
Adobe Stock (S. 3, 4, 6, 7, 12, 13, 14, 15, 18),  
Image100 (S.9, 10),

**Druck:**

Stadtkanzlei München. Gedruckt auf Papier  
aus 100% Recyclingpapier

# Inhaltsverzeichnis

**Pflege**

- 3** Klinische und häusliche Versorgung besser vernetzen
- 4** Ambulante Pflege: Jeder Tag bringt neue Herausforderungen
- 6** Antrag auf Pflegegrad belastet Pflegebedürftige und Angehörige
- 8** Der Pflegenotstand wird zunehmend zum Problem für Senior\*innen
- 10** Mehr Geld, weniger pflegefremde Arbeit und bessere Ausbildung
- 11** Die Stadt München berät bei Problemen in der Altenpflege

**Wahl der Seniorenvertretungen**

- 12** Neuwahl der Seniorenvertretung der Stadt München
- 13** Die Aufgaben der örtlichen Seniorenvertretungen
- 14** Wofür sich der Seniorenbeirat einsetzt

**Gesundheit**

- 16** Das fragwürdige Finanzsystem unseres Gesundheitswesens
- 17** Bessere Verteilung der Münchner Hausarzt\*innen ist nötig

**Gesellschaft**

- 18** Sozialer Isolation und Einsamkeit im Alter vorbeugen
- 19** Soziale Verantwortung übernehmen und helfen

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers, nicht unbedingt die der Redaktion dar. Leserbriefe können aus Platzgründen leider manchmal nur zu einem Teil, also gekürzt abgedruckt werden.

Entlassmanagement

## Klinische und häusliche Versorgung besser vernetzen

von Dr. jur. Irmtraud Nies,  
stellvertretende Vorsitzende  
des Seniorenbeirats



Das Entlassmanagement und eine integrierte Versorgung sind vielerorts nicht optimal gestaltet. Dabei würde eine überbrückende Betreuung nicht (mehr) krankenhauspflichtiger Patienten\*innen vielen alleinlebenden und älteren Menschen Leid ersparen und für die Kostenträger günstiger sein. Wie wichtig es ist, die stationäre und ambulante Versorgung besser zu vernetzen, zeigt der Fall der 86-jährigen Seniorin E.

### Ungenügendes Entlassmanagement: Ein Beispiel aus dem Gedächtnis

Die Seniorin E. hat im August 2020 in einer Klinik einen Herzkatheter gesetzt bekommen. Vor ihrer Entlassung wurde nicht geklärt, ob die Behandlung abgeschlossen war, denn der verantwortliche Chef-Arzt kam nicht zu einer Abschluss-Visite. Auch der Sozialdienst der Klinik suchte E. nicht auf, um nach ihrer häuslichen Versorgung zu fragen.

Freunde holten E. am 1.9.20 aus der Klinik ab und brachten sie in ihre Wohnung im ersten Stock, wo sie allein lebt. Eine Freundin schaute nach ihr, besorgte Medikamente und brachte ihr warmes Essen. Zudem organisierte sie den Besuch einer Sozialarbeiterin des Alten- und Service-Zentrums (ASZ) zur Vermittlung eines Pflegedienstes. Dieser Auftrag wurde jedoch zurückgezogen, nachdem E.s Hausarzt einen anderen Pflegedienst beauftragte.

In der zweiten Nacht zu Hause stürzte E. auf dem Weg zur Toilette. Die Nachbarn, die einen

Schlüssel haben, hörten den Sturz und kamen zu Hilfe. E. wurde daraufhin wegen starker Prellungen in eine andere Klinik gebracht, wo sie sich trotz guter Versorgung einen Keim einfiel. Nach der Entlassung kümmerte sich wieder der gleiche Pflegedienst um E.

Nach wenigen Tagen stürzte E. jedoch wieder und brach sich den Oberschenkelhals. Sie kam zur Operation in eine dritte Klinik, in der sie sich abermals unzureichend versorgt fühlte. Anschließend wurde E. Ende Oktober zur Reha in die nächste und damit vierte Klinik gebracht. Die Versorgung war nach den Äußerungen von E. dort noch schlechter als in der vorherigen Klinik. Die Wunde heilte nicht und E. wurde in die dritte Klinik zurückverlegt.

Dort infizierte sich E. mit Corona. Sie wurde deswegen erneut verlegt, nun in Klinik Nummer fünf, weitab von ihrem Wohnumfeld. Besuche waren wegen der Corona-Beschränkungen nicht möglich. Am 24.12.20 starb E. – ohne sich verabschieden zu können und ohne persönlichen Beistand. Ein bedrückendes Schicksal am Lebensende.

Corona, demografischer Wandel, Fachkräftemangel

## Ambulante Pflege: Jeder Tag bringt neue Herausforderungen

von Gerhard Krug, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Seniorenbeirats und des Fördervereins der Sozialstation Berg am Laim und Trudering e.V.



Rund 80 Prozent der mehr als vier Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland werden zu Hause versorgt. Die Betreuung in den eigenen vier Wänden und somit im gewohnten Umfeld soll sich positiv auf das Wohlbefinden auswirken. Doch das System kommt an seine Grenzen: Die Nachfrage nach einer ambulanten Versorgung durch Pflegedienste steigt kontinuierlich. Wer schnell Hilfe benötigt, hat immer öfter ein Problem. Und durch die Impfpflicht in der Pflege könnte sich die kritische Personalsituation noch weiter verschärfen.

Die pandemischen Herausforderungen und Corona-Vorgaben, der Fachkräftemangel und immer mehr zu versorgende Ältere verlangen der ambulanten Pflege deshalb neue und innovative Wege ab. Wie das zum Wohle für Pflegebedürftige und Pflegekräfte gelingen kann, zeigt die erste ökumenische bayerische Sozialstation: Seit 1970 versorgt die Sozialstation Berg am Laim und Trudering pflege- und hilfsbedürftige Menschen in den eigenen vier Wänden.

Die Stationen in Berg am Laim, Trudering, Giesing und Harlaching arbeiten integriert: Neben dem gesamten Spektrum aus Behandlungspflege, Grundpflege, Pflegeberatung und hauswirtschaftlicher Hilfen ermöglichen die Wohnim-Viertel-Projekte in Giesing und Harlaching – in Kooperation mit der GEWOFAG – Menschen mit erhöhtem Hilfsbedarf ein eigenständiges Leben. Im Nachbarschaftstreff am Walchenseeplatz in Giesing können ältere Menschen und alle Nachbarn im Viertel niederschwellige Angebote nutzen. Für die Zukunft ist die Eröffnung von zwei ambulanten Wohngemeinschaften für Demenzerkrankte an der Stadtbezirksgrenze Berg am Laim/Straßtrudering geplant.



## Erfahrungen aus mehr als einem halben Jahrhundert

Der Schutz der Pflegebedürftigen und der Belegschaft stehen bei der Sozialstation Berg am Laim und Trudering seit über 50 Jahren an erster Stelle. Die Erfahrungen helfen, gerade in herausfordernden Zeiten schnell und umsichtig zu handeln, die strategischen und operativen Prozesse anzupassen, die Digitalisierung voranzutreiben – und vor allem die Bedenken der Belegschaft ernst zu nehmen und flexible und sichere Lösungen zu finden. Um die Versorgung aller Patient\*innen sicherstellen zu können, werden die Mitarbeitenden laufend geschult und flexibel eingesetzt.

Als Ausbildungsbetrieb setzt die Sozialstation wie andere Pflegedienste darauf, vermehrt junge Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen und auszubilden. In der generalistischen Ausbildung in der Pflege sind die früher getrennten Ausbildungen Altenpflege, Kinderkrankenpflege und Krankenpflege zusammengefasst. Mit dem Abschluss als Pflegefachkraft öffnen sich mehr Chancen und Einsatzmöglichkeiten, da die dreijährige Ausbildung auf sämtliche Aufgaben vorbereitet.

## Genug Zeit für Menschlichkeit

Die Digitalisierung in der Gesundheitsbranche hat mit der Corona-Pandemie weiter an Fahrt gewonnen. In der Sozialstation ist die Digitalisierung eine strategische Aufgabe. Das Spektrum umfasst die Dokumentations- und Abrechnungssysteme in allen Verwaltungsbereichen, das mobile Arbeiten der Pflegeteams und die digitale Kommunikation mit den Patient\*innen. Über das Smartphone rufen die Mitarbeitenden Unterlagen ab, geben Daten ein oder navigieren durch die Einrichtungen. Digitale Innovation in der ambulanten Pflege bedeutet vor allem: Entlastung und Erleichterung für die Mitarbeitenden im häufig stressigen Pflegealltag. Der Wunsch vieler Pflegekräfte, mehr Zeit für ihre Patient\*innen zu haben, soll mit digitalen Veränderungen in Einklang gebracht werden. Genug Zeit für Menschlichkeit muss oberste Priorität haben.

Auch wegen Corona entscheiden sich immer mehr Menschen für die Pflege in den eigenen vier Wänden. Von der häuslichen Pflege sind Angehörige allerdings oft überfordert; Fachpersonal fehlt auch hier. Die Sozialstation Berg am Laim und Trudering bietet daher kostenlose Informationsangebote, Kurse und Einzelsprechstunden an: Pflegenden Angehörige erhalten Tipps und Anleitungen und können sich mit ihren Nöten und Sorgen direkt an ausgebildete Fachkräfte wenden – im ASZ Berg am Laim oder im persönlichen Gespräch daheim.



Pflegekräfte der Sozialstation Berg am Laim und Trudering

Foto: Doro Hartmann

Die Pflegekasse und der Medizinische Dienst während Corona

## Antrag auf Pflegegrad belastet Pflegebedürftige und Angehörige

von Dr. h. c. Christine Frenzel, Seniorenvertreterin der Stadt München im Stadtbezirk 11 Milbertshofen-Am Hart

Die Begutachtung von Pflegebedürftigen galt immer als zuverlässige Hilfe beim Antrag auf einen Pflegegrad. In Zeiten der Corona-Pandemie ist sie jedoch für viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zu einem Problem geworden. Denn statt durch einen persönlichen Besuch begutachten die verantwortlichen Fachkräfte die betroffenen Personen inzwischen fast ausschließlich telefonisch. Doch das tatsächliche Ausmaß der Bedürftigkeit ist am Telefon schwer zu erkennen. Das Beispiel des 80-jährigen Witwers Johann zeigt, wie dieses Vorgehen zu einer wahren Tortur werden kann.



### Beispiel eines Antrags auf Pflegegrad für einen Pflegebedürftigen im Jahr 2021

Johann hat einen anerkannten Grad der Behinderung von 80 Prozent, dem nach der versorgungsärztlichen Beurteilung zehn Gesundheitsstörungen zugrunde liegen. Seine Behinderungen beeinträchtigen ihn in seinem Wohnumfeld erheblich. Daher stellt Johann einen Antrag auf einen Grad der Pflegebedürftigkeit.

Die Pflegekasse beauftragte den Medizinischen Dienst, den Grad der Pflegebedürftigkeit festzustellen. Kurzfristig setzte der Medizinische Dienst einen Termin für eine telefonische Begutachtung an, den Johann mit der Seniorenvertreterin wahrnahm. Arztbriefe und Krankenhausberichte wurden nicht in die Begutachtung einbezogen.

A) Ergebnis des Gutachtens des Medizinischen Dienstes: Summe der gewichteten Punkte  
23,75 = **Pflegegrad 1.**

Da der Medizinische Dienst weder Arztbriefe noch Krankenhausberichte in die Begutachtung einbezog, legte Johann Widerspruch gegen das Ergebnis des Gutachtens ein.

B) Ergebnis nach wiederholter Telefonbegutachtung: Summe der gewichteten Punkte  
13,75 = **Pflegegrad 1.**

Die zweite Begutachtung stellte einen erheblich niedrigeren Pflegebedarf fest als die erste. Das Ergebnis wurde Johanns Zustand abermals nicht gerecht. Als Konsequenz blieb nur noch die Klage beim Sozialgericht München.

Ein vom Sozialgericht beauftragter Facharzt beurteilte die Pflegebedürftigkeit Johanns persönlich in seinem Wohnumfeld und bewertete auch die letzten Berichte von Krankenhausaufenthalten und ärztlichen Befunde der betreuenden Fachärzt\*innen.



### So sind Pflegekassen, Krankenkassen und Medizinischer Dienst miteinander vernetzt

Die Pflegekassen sind wie die gesetzlichen Krankenkassen rechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts. Die Mitarbeitenden der Pflegekassen sind Beschäftigte der Krankenkassen. Die Pflegekasse erstattet der Krankenkasse den Kostenaufwand, der für die Führung der Geschäfte entsteht. Zwischen den beiden Trägern werden die Verwaltungskosten anteilmäßig ausgeglichen. Dies gilt ebenso für die Kosten für den Medizinischen Dienst, der auch für die Pflegekassen tätig wird. So ist es eine der Kernaufgaben des Medizinischen Diensts, Pflegegutachten zu erstellen und die Versorgung mit Pflegehilfsmitteln zu begutachten. Bei zunehmender Krankheit oder Behinderung und der Notwendigkeit von Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags kann die versicherte Person bei der Pflegekasse einen Antrag auf einen „Grad der Pflegebedürftigkeit“ stellen. Dieser Antrag wird vom Medizinischen Dienst mittels Pflegegutachten festgestellt.

C) Ergebnis des Gutachtens des Facharztes: Summe der gewichteten Punkte 38,75 = **Pflegegrad 2**  
Fast zeitgleich begutachtete der Medizinische Dienst auf Antrag des Sozialdienstes während eines Klinikaufenthalts Johann wieder telefonisch für eine Anpassung des Pflegegrads.

D) Ergebnis dieses Gutachtens: Summe der gewichteten Punkte 32,5 = **Pflegegrad 2**

Die Pflegekasse von Johann nimmt in einer Broschüre für sich in Anspruch: „Einer der prägenden Grundsätze der Pflegeversicherung heißt ‚ambulant vor stationär‘: Jeder Pflegebedürftige soll so lange wie möglich in seiner häuslichen Umgebung bleiben können – in der eigenen Wohnung, in einer Senioren-WG oder etwa bei den Kindern.“

Nach etwa einem Jahr extremer psychischer Belastung kann Johann endlich nach dem Grundsatz der Pflegekasse und mit Hilfe eines ambulanten Pflegedienstes beruhigt in seiner Wohnung leben.

Fachkräftemangel

## Der Pflegenotstand wird zunehmend zum Problem für Senioren und Seniorinnen



von Dr. med. Ingrid Seyfarth-Metzger, stellvertretende Vorsitzende des Seniorenbeirats

Der Grund für die Misere ist der Fachkräftemangel. Dieser Notstand belastet auch die Pflegenden: Sie hetzen sich ab, haben kaum Zeit für die einzelnen Patient\*innen, machen Überstunden und schaffen ihre Arbeit trotzdem nicht. Es fällt ihnen immer schwerer, die hygienischen Anforderungen wie Hände desinfizieren und Schutzkleidung wechseln einzuhalten. Denn ständig ist zu wenig Personal auf der Station. Häufig kommt in der knappen Freizeit zudem ein Anruf, ob sie nicht für andere einspringen können, die krank geworden sind. Viele Pflegekräfte haben gekündigt oder ihre Arbeitszeit verkürzt, da sie die dauernde Belastung nicht mehr schaffen. Es ist kaum möglich, schwerkranke oder sterbende Menschen zu betreuen.

**Den Seniorenbeirat erreichen zurzeit viele Beschwerden über die Pflege in den Münchner Krankenhäusern. Senior\*innen beklagen, dass ihnen beim Essen nicht geholfen wird, obwohl sie wegen einer Behinderung selbst nicht essen können. Dass sie nicht unterstützt werden, wenn sie auf die Toilette müssen. Dass ihre Entlassung nicht vorbereitet wird und sie schwer krank nach Hause transportiert werden, ohne dass die weitere Versorgung vorbereitet ist. Patient\*innen vereinsamen, weil niemand Zeit hat, mit ihnen zu reden. Besuche sind seit zwei Jahren eingeschränkt.**

### Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt

Derzeit sind in München circa 30 Prozent der Betten auf den Intensivstationen wegen Personalmangel der Pflege gesperrt, auch Normalstationen sind häufig betroffen. Während der letzten Monate mussten immer wieder Intensivpatient\*innen von München in Kliniken in anderen Bundesländern geflogen werden, unter anderem nach Hamburg. Zusätzlich besteht auch ein gravierender Personalmangel in der ambulanten und stationären Altenpflege.

Die Zahl der Leistungsempfänger\*innen in der Pflegeversicherung in München wird nach Angaben des Sozialreferats bis 2030 auf fast 38.000 steigen, das sind rund 7.000 Personen mehr als noch 2017. Ähnliche Zahlen gelten für ganz Bayern: Die Barmer



*Der Pflegenotstand belastet Patient\*innen und Klinikpersonal gleichermaßen. Überstunden sind an der Tagesordnung und die zu Pflegenden erhalten oft nur eine eingeschränkte Versorgung.*



Ersatzkasse hat aktuell davor gewarnt, dass die Zahl der Pflegebedürftigen im Freistaat von 2019 bis 2040 um 69 Prozent steigen werden. Doch der zunehmende Bedarf kann kaum noch gedeckt werden. Generell besteht ein drastischer Mangel an ausgebildetem Pflegepersonal in Deutschland. Laut Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats, fehlen derzeit bundesweit insgesamt 200.000 ausgebildete Pflegekräfte. Nach Angaben des deutschen Pflegerats werden zudem etwa 40 Prozent der Pflegekräfte bis 2035 in den Ruhestand gehen.

### **Es besteht dringender Handlungsbedarf**

Neben dem demografischen Wandel hat auch die Einführung des DRG-Systems – also die Abrechnung der Kliniken über Fallpauschalen – zum Pflegenotstand beigetragen. Aufgrund des Systems wurden in Deutschland seit 2004 insgesamt mehr als 30.000 Pflegestellen in Kliniken abgebaut, weil

damals angenommen wurde, dass mit der Verkürzung der Verweildauer auch der Bedarf an Pflegekräften sinkt. Auch die Ausbildungskapazitäten wurden reduziert. Heute sieht man, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Vor allem Senior\*innen sind vom Mangel an Pflegekräften massiv betroffen, da sie sowohl in den Kliniken als auch in der ambulanten und stationären Altenpflege auf Hilfe angewiesen sind.

Der Seniorenbeirat weist schon seit 2015 auf dieses Problem hin und hat deshalb auch das Bürgerbegehren in Bayern 2018 tatkräftig unterstützt. Leider wurde das Bürgerbegehren von der damals verantwortlichen Bayerischen Gesundheitsministerin nicht ernst genommen. In Anträgen an den Stadtrat fordert der Seniorenbeirat regelmäßig, dass Pflegekräfte besser bezahlt und die Pflegenden von pflegefremden Arbeiten entlastet werden. Diese Vorschläge könnten dazu beitragen, zumindest die Kündigung weiterer Pflegekräfte und den Abbruch der Ausbildung durch Auszubildende zu stoppen (siehe Dringlichkeitsantrag Seite 10). Der Münchner Stadtrat hat im Januar 2022 beschlossen, dass die verschiedenen Anträge zur Verbesserung der Situation in einem Lenkungskreis besprochen und koordiniert werden. Verantwortlich dafür ist Bürgermeisterin Verena Dietl.

Dringlichkeitsantrag zur Unterstützung der Pflegekräfte

## Mehr Geld, weniger pflegefremde Arbeit und bessere Ausbildung

von Dr. phil. Reinhard Bauer, Vorsitzender des Seniorenbeirats

In München ist der Mangel an Pflegekräften in den Kliniken landesweit am höchsten (Quelle: Index der fachpflegerischen Versorgung des Verbands der Pflegenden in Bayern). Der Seniorenbeirat ist sich dieses Umstands zutiefst bewusst und fordert daher seit Jahren eine Unterstützung der Pflegekräfte. So hat der Seniorenbeirat zuletzt im Dezember 2021 den Oberbürgermeister und die zuständigen Gremien mit einem Dringlichkeitsantrag zur Unterstützung der Pflegekräfte adressiert.

In seinem Antrag forderte der Seniorenbeirat die schnellstmögliche Realisierung der folgenden Maßnahmen in den Kliniken der München Klinik:

- Stufenvorweggewährung: Alle Pflegekräfte sollen zwei Stufen höher eingruppiert werden und so mehr Geld für ihre Arbeit erhalten.
- Entlastung der Pflegekräfte: Pflegekräfte sollen keine pflegefremden Tätigkeiten wie Bestellungen für Apotheken und Materialwirtschaft mehr übernehmen.
- Pflegepersonalregelung PPR 2.0: In allen Kliniken sollen Modellprojekte durchgeführt werden, bei denen die Pflegeleistungen und Zeitwerte an aktuelle, am Bedarf der Patient\*innen orientierte Anforderungen angepasst sind.

- Ausbildungsinitiative: Die Ausbildungsakademie soll besser ausgestattet, die Unterrichtsmethoden modernisiert und verstärkt Mentoren und Sozialarbeiter eingesetzt werden. Ziel ist, die Ausbildung zu verbessern und Abbrüche zu reduzieren.
- Respektvoller Umgang: Alle Pflegekräfte sollen respektvoll behandelt und ihre Arbeit wertgeschätzt werden.

Der Mangel an Pflegekräften hat nur zum Teil mit einer Abwanderung der Arbeitskräfte zu tun. Auch seitens der Kliniken wurden Stellen abgebaut. So hat allein die München Klinik seit 2015 ihre Betten für die Akutversorgung in der Inneren Medizin und Intensivmedizin in Harlaching und Schwabing drastisch reduziert. Zusätzlich sind mittlerweile etwa 30 Prozent der Betten auf den Intensivstationen und rund die Hälfte der Betten in den Kinderkliniken wegen Personalmangel gesperrt. Wir müssen jetzt handeln, um sowohl heute als auch in Zukunft allen Menschen in gesundheitlich schwierigen Phasen die Unterstützung zukommen zu lassen, die sie verdienen.



Neutrale Beschwerdestelle

## Die Stadt München berät bei Problemen in der Altenpflege

Von Birgit Ludwig, Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege



**In München leben fast 38.000 pflegebedürftige Menschen. Mehr als die Hälfte von ihnen nutzen die professionell organisierten Angebote wie Pflegeheime, ambulante Pflegedienste oder andere Wohn- und Versorgungsformen für Pflegebedürftige.**

Die Stadt München hat eine Anlaufstelle eingerichtet, bei der Betroffene neutrale und fachkundige Informationen und Unterstützung bei Problemen in der Altenpflege erhalten. Die städtische Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege informiert, berät und bearbeitet Bürgerbeschwerden zu stationären Pflegeeinrichtungen, ambulanten Pflegediensten und alternativen Wohn- und Versorgungsformen für Pflegebedürftige in München.

Auf Wunsch der Betroffenen oder ihrer rechtlichen Vertreter\*innen beurteilen die Mitarbeitenden der Beschwerdestelle die Pflege- und Versorgungssituation vor Ort. Sie bemühen sich um Aufklärung offener Fragen und suchen gemeinsam mit allen Beteiligten nach Lösungen. Dabei arbeiten sie mit den Pflegeeinrichtungen selbst sowie nach Bedarf mit weiteren Münchner Anlaufstellen wie dem Seniorenbeirat oder den Alten- und Service-Zentren zusammen.

Aktuell gehen in der Beschwerdestelle für Probleme in der Alten-

pflege vermehrt Anfragen zur Versorgung durch ambulante Pflegedienste ein. Im Vordergrund steht häufig der Wunsch nach Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Kosten. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen haben oftmals Schwierigkeiten, die Abrechnungen zu verstehen, oder Zweifel, ob diese korrekt sind. Nicht selten vergehen jedoch Monate, bis Betroffene eine neutrale Beratung einholen. Dabei wäre es von enormem Vorteil, sich frühzeitig mit den Kosten und der Finanzierung

der Pflege auseinanderzusetzen.

Aus diesem Grund bietet die Beschwerdestelle als neues präventives Angebot eine kostenfreie anbieterneutrale und vertrauliche Beratung zur Finanzierung der ambulanten Pflege. Sie beinhaltet bei Bedarf die gemeinsame Durchsicht des Kostenvorschlages des ambulanten Pflegedienstes. Das Ziel ist, Probleme bereits im Ansatz zu verhindern und Beschwerden zu vermeiden.

### Kontaktinformationen und Sprechzeiten

**Städtische Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege**  
 Burgstraße 4, 80331 München  
 Telefon: 089 233 – 96966,  
 E-Mail: [staedtiche\\_beschwerdestelle.altenpflege@muenchen.de](mailto:staedtiche_beschwerdestelle.altenpflege@muenchen.de)  
[www.muenchen.de/beschwerdestelle-altenpflege](http://www.muenchen.de/beschwerdestelle-altenpflege)

Montag und Donnerstag: 9 bis 12 Uhr und 13 bis 16 Uhr

Dienstag und Freitag: 9 bis 12 Uhr

Mittwoch: 13 bis 19 Uhr

Bei Bedarf sind auch Termine außerhalb dieser Sprechzeiten sowie Hausbesuche möglich.



Demokratie vor Ort

# Neuwahl der Seniorenvertretung der Stadt München

von Dr. phil. Reinhard Bauer, Vorsitzender des Seniorenbeirats

**München war eine der ersten Städte in Deutschland, die einen Seniorenbeirat geschaffen hat: Seit 1978 kümmert sich das Gremium um das Wohl der Älteren und vertritt deren Belange.**

Auf Anregung von und in Absprache mit der Seniorenvertretung hat die Stadt mit verschiedenen Trägern ein flächendeckendes Netz von Alten- und Servicezentren aufgebaut. Daneben wurden auch viele andere Einrichtungen, die Beratung und Hilfe anbieten, geschaffen.

Nun steht die nächste (12.) Wahl der Seniorenvertretung an. Am 26. Juni 2022 können alle über 60-Jährigen, die ihren ersten Wohnsitz in München haben, ihre Vertreter\*innen in den 25 Stadtbezirken für die nächsten vier Jahre wählen. Die Unterlagen für die Briefwahl erhalten die Wahlberechtigten bis Ende Mai per Post.

Insgesamt sind 182 Sitze im Seniorenbeirat zu besetzen. Für das Ehrenamt haben sich nun 266 Kandidat\*innen aufstellen lassen. Die Kandidat\*innen stellen sich in den kommenden Wochen in ihren Stadtbezirken auf Versammlungen vor. Zudem sind ihre Profile im Internet unter [www.seniorenbeirat-muenchen.de](http://www.seniorenbeirat-muenchen.de) zu finden.

Alle Stimmberechtigten haben so viele Stimmen, wie Kandidat\*innen in ihrem Bezirk zu wählen sind. Dies variiert zwischen zwei und 16 Stimmen, abhän-

gig von der Zahl der Wahlberechtigten im Bezirk. Auf 2.000 Wahlberechtigte kommt ein\*e Kandidat\*in. Dabei kann man wie bei der Stadtratswahl häufeln, also einzelnen Kandidat\*innen bis zu drei Stimmen geben. Diejenigen, die in ihrem Bezirk die meisten Stimmen erhalten, bilden zusammen mit sechs Personen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft und stadtweit den höchsten Stimmenanteil dieser Gruppe haben, den Seniorenbeirat. Dieser wählt für vier Jahre einen Vorstand aus fünf Personen.

Der Seniorenbeirat tagt grundsätzlich jeden Monat, informiert sich, gibt Anregungen und fasst Beschlüsse. Zur Unterstützung gibt es verschiedene Fachausschüsse zu einzelnen Bereichen, in denen intensiver

an spezifischen Themen gearbeitet wird. Der Seniorenbeirat hat beratende Stimme in Ausschüssen des Stadtrates, Beiräten und anderen Gremien. Er erhält alle Anträge für den Stadtrat, die besonders Ältere

betreffen, und kann dazu vor Beschlussfassung Stellung nehmen. Der Seniorenbeirat bietet außerdem in seiner Geschäftsstelle (Burgstr. 4) Beratungen und vielfältige Informationsbroschüren an.

**Bitte unterstützen Sie diese demokratischen Bewerbungen mit Ihrer Stimme!**

# Die Aufgaben der örtlichen Seniorenvertretungen

von Dr. jur. Irmtraud Nies, stellvertretende Vorsitzende des Seniorenbeirats



Die Aufgabe der örtlichen Seniorenvertretung ist es, Anliegen und Nöte der älteren Menschen im Stadtbezirk an die zuständigen Stellen der Stadt und an professionelle Beratungsstellen weiterzugeben. Hierfür sammeln die örtlichen Vertreter\*innen die Informationen aus ihrem Bezirk, um sie anschließend in Form von Anträgen und Anregungen an den Vorstand des Seniorenbeirats heranzutragen. Die Beschlüsse des Plenums des Seniorenbeirats leitet die Geschäftsstelle an die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung, an den Stadtrat und den Oberbürgermeister weiter. Der Vorstand des Seniorenbeirats erhält in den Sitzungen des Stadtrats auf Antrag Rederecht.

Die örtlichen Seniorenvertretungen tagen unter Leitung der/des örtlichen Seniorenbeirä-

tin/-beirats mindestens alle drei Monate. Zudem findet möglichst zweimal im Jahr eine Seniorenvertreterversammlung mit allen Münchner Seniorenvertreter\*innen statt.

Die Seniorenvertreter\*innen arbeiten eng mit dem Bezirksausschuss des betreffenden Stadtbezirks und mit Gesprächskreisen zur Vernetzung der Institutionen und Hilfsdienste für ältere Menschen zusammen. Sie pflegen den Kontakt zu Seniorentreffs der Kirchen und anderen Gemeinschaften sowie zu den Alten- und Service-Zentren (ASZ), Alten- und Pflegeheimen. Ein offenes Ohr für die Anliegen der älteren Menschen im Stadtbezirk zu haben, ist die wichtigste Grundlage für das Engagement in der örtlichen Seniorenvertretung. Achtsamkeit für die Älteren, ihre Bedürfnisse

und Ängste vermittelt Respekt. Bei Problemen und Fragen zu finanziellen Nöten, der Einstufung in Pflegegraden und andere Themen des Älterwerdens und der Versorgung geben die Seniorenvertreter\*innen Hinweise auf Angebote der ASZ und weiteren Anlaufstellen für Altenhilfe.

„Die Seniorenvertretung stellt die Verbindung zwischen den älteren Einwohnerinnen und Einwohnern und dem Seniorenbeirat dar. Durch die Seniorenvertretungen der einzelnen Stadtbezirke werden Informationen, Anträge, Empfehlungen und Anregungen an den Seniorenbeirat herangezogen und Informationen des Seniorenbeirats an die älteren Einwohnerinnen und Einwohner weitergegeben.“ (aus der Satzung für die Seniorenvertretung der Landeshauptstadt München)

## Wissen zur Wahl

# Wofür sich der Seniorenbeirat einsetzt

von Gerhard Krug, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Seniorenbeirats und des Fördervereins der Sozialstation Berg am Laim und Trudering e.V.


**Der Seniorenbeirat stellt regelmäßig Forderungen zur Verbesserung der Situation für Senior\*innen an die zuständigen Behörden. Dabei kümmern wir uns vor allem um die folgenden Themen.**

## Soziale Ungleichheit mindern und Armut bekämpfen



Auch in München nehmen soziale Ungleichheit und Altersarmut immer mehr zu. Der Seniorenbeirat fordert daher unter anderem, dass Steuergesetze gerechter werden müssen und ein auskömmlicher Mindestlohn künftige Renten erhöhen muss. Die Grundsicherung und Regelsätze sind so zu gestalten, dass sie ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Dafür sollte das Rentenniveau mindestens 50 Prozent betragen und Empfängergruppen von Sozialleistungen müssen neu und gerechter ermittelt werden. Zudem sollten soziale Sicherungssysteme wie die Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung solidarisch organisiert sein und durch verpflichtende Beitragszahlungen von allen Bürger\*innen dauerhaft finanziert werden. Leistungen aus den genannten Versicherungen darf nur erhalten, wer Beiträge entrichtet (hat). Andere Leistungen sind über Steuern zu finanzieren.

## Bezahlbaren Wohnraum gewährleisten



Wohnen ist ein in der Verfassung verbrieftes Grundrecht. Unter dem Mangel an ausreichend bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum in München leiden in besonderer Weise Senior\*innen. Der Seniorenbeirat wünscht sich daher, dass verstärkt soziale Wohnungen gebaut werden und preiswerter sowie barrierefreier Wohnraum erhalten wird. Auch Wohnbaugenossenschaften sollten stärker gefördert werden. Wir unterstützen und fördern neue Wohnformen wie Wohnen für Hilfe, Mehrgenerationen-Wohnen und Seniorenwohngemeinschaften mit Hilfsangeboten. Außerdem wollen wir die Untervermietung erleichtern, sind für einen Langzeitmieterschutz und eine bessere Grundlage, um Wohnungen einfach tauschen zu können. Das Wohngeld sollte erhöht und die Gruppe der Empfangsberechtigten ausgeweitet werden. Zudem gilt es, Ältere bei der Wohnungssuche über die städtische Wohnungsvergabe-Plattform Soziales Wohnen Online (SOWON) vermehrt zu unterstützen.



### Bessere Gesundheitsversorgung und Pflege

Ältere Menschen werden häufiger krank und pflegebedürftig. Sie sind daher in besonderer Weise auf ein gutes Gesundheitssystem und gute Pflege angewiesen. Wir wünschen uns daher, dass sowohl die stationäre als auch die ambulante medizinische Versorgung in allen Stadtbezirken gesichert ist. Hierfür müssen unter anderem die Altersmedizin in der München Klinik Schwabing und Harlaching sowie die stationäre Palliativversorgung in ganz München ausgebaut werden. Es gilt, das Entlassmanagement in allen Kliniken zu verbessern und die Angebote für Tages- und Kurzzeitpflege zu erweitern. Zudem sollten Arztpraxen grundsätzlich barrierefrei zugänglich sein und Hospize sowie die ambulante Hospizbegleitung stärker finanziell unterstützt werden.

Das alles ist jedoch nur mit genügend Pflegekräften möglich. Es ist unerlässlich, die Arbeit von Pflegekräften mit tarifgerechter Bezahlung in allen Einrichtungen zu würdigen und ihre Situation in Pflegeeinrichtungen und Kliniken zu verbessern. Die Qualifikation ausländischer Pflegekräfte muss schneller anerkannt und die Ausbildungskapazitäten für Pflege ausgebaut werden. Mentorenprogramme helfen, Ausbildungsabbrüche zu reduzieren.

### Verbesserte Angebote zur Mobilität

Mobilität bedeutet Lebensqualität und muss unabhängig vom Einkommen sowie altersbedingten oder körperlichen Beeinträchtigungen möglich sein. Gerade ältere Menschen sind besonders auf den ÖPNV und seine Benutzerfreundlichkeit angewiesen. Der Seniorenbeirat fordert daher, Fußgänger\*innen in den Mittelpunkt der Verkehrspolitik zu stellen. E-Scooter und Fahrräder müssen so abgestellt werden, dass sie niemanden gefährden. Zudem muss es an allen U- und S-Bahn-Haltestellen ausreichend funktionsfähige Aufzüge und Rolltreppen sowie behindertengerechte Hinweisschilder an Zu- und Ausgängen geben. Es gilt, den Güterverkehr auf der Schiene umzuleiten und die Ring-S-Bahn um München schnellstmöglich einzurichten. Ebenso sollte das gesamte ÖPNV-Netz mit U-, S- und Straßenbahn sowie Bussen ausgebaut und verdichtet werden.

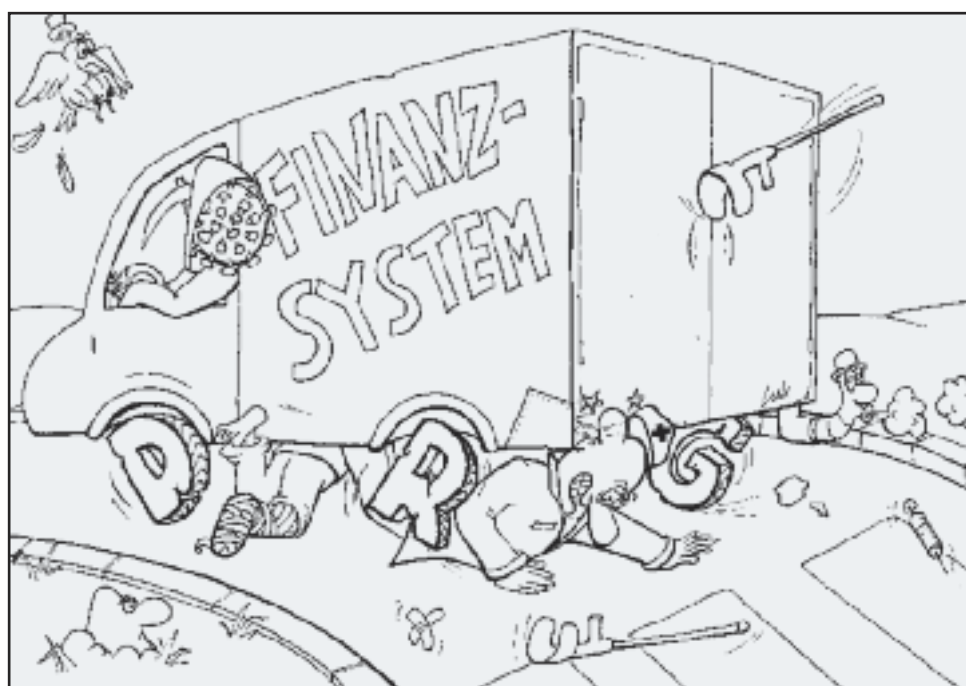
#### Sie möchten mehr Informationen?

Die Geschäftsstelle des Seniorenbeirats erreichen Sie Montag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr telefonisch unter 089 233-21166 oder per E-Mail an [seniorenbeirat.soz@muenchen.de](mailto:seniorenbeirat.soz@muenchen.de).

Das DRG-System

## Das fragwürdige Finanzsystem unseres Gesundheitswesens

von Dr. jur. Irmtraud Nies, stellvertretende Vorsitzende des Seniorenbeirats



Lukas Pöllitsch

**Unser hochgelobtes und sehr teures Gesundheitswesen hat leider einige Schwächen, wenn es um die Finanzierung von stationären Behandlungen geht.**

Die Finanzierung unseres Gesundheitswesens wird seit 2002 mit dem sogenannten DRG-System (DRG = Diagnosis Related Groups; Diagnosebezogene Fallgruppen) organisiert. Dabei erhalten die Kliniken Diagnosen-bezogene Pauschal-Beträge, die weitestgehend unabhängig von der Dauer der stationären Behandlung der Patient\*innen erstattet werden. Statt den Mehraufwand für die Versorgung von Menschen angemessen zu vergüten, schafft das System damit Anreize für die Kliniken, gut ver-

gütete Untersuchungen und Operationen durchzuführen – was nicht immer dem Wohle der Patient\*innen dient.

Vor allem kommunale Krankenhäuser und Kinderkliniken kämpfen heute oft mit wirtschaftlichen Problemen. Besonders von dem ökonomischen Druck und den pauschal begrenzten Verweildauern betroffen sind ältere Patient\*innen, die nicht ausreichend ausgeheilt entlassen werden und zu Hause in eine unterversorgte Situation geraten. Auch Pflegekräfte und Ärzt\*innen kommen „unter die Räder“ dieses Systems, wenn die engen wirtschaftlichen Vorgaben zu geringer Personalausstattung und Überlastung der Pflegekräfte führen. Dies zeigt sich gerade in Grippe- und Pandemiezeiten.



## Hausärztliche Versorgung

# Bessere Verteilung der Münchner Hausärzte und Hausärztinnen ist nötig

von Dr. med. Ingrid Seyfarth-Metzger, stellvertretende Vorsitzende des Seniorenbeirats

In den meisten Münchner Außenbezirken gibt es nur wenig Hausärzt\*innen und oft keine Krankenhäuser oder Notfallambulanzen. Dabei wohnen in den Neubaugebieten bereits jetzt neben Familien mit Kindern vor allem Senior\*innen, für die eine nahegelegene hausärztliche Praxis besonders wichtig ist. Und in Zukunft sollen es noch viel mehr Menschen sein: Der Demografie-Bericht der Stadt München 2021 prognostiziert von 2019 bis 2040 ein Bevölkerungswachstum von weiteren 254.519 Personen – vor allem in den Neubaugebieten.

Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) ist gemeinsam mit den gesetzlichen Krankenkassen für die Verteilung der Kassen-Arztstühle zuständig. Die beiden Institutionen sind der Ansicht, dass München insgesamt überversorgt ist, sodass keine weiteren Hausarztpraxen vorgesehen sind. Denn laut der KVB reicht es aus, wenn eine Hausarztpraxis in weniger als 20 Minuten mit dem Auto erreichbar ist. Für Familien mit Kindern und Senior\*innen sind diese Vorgaben jedoch völlig realitätsfern, da viele Menschen in München kein Auto besitzen und folglich bei akuten Erkrankungen lange Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln in Kauf nehmen müssen. Diese langen Wege sind vor allem für Senior\*innen sehr belastend.

Schon seit 2017 setzt sich der Stadtrat für eine gleichmäßigere Verteilung der Arztpraxen in München ein, bisher jedoch ohne Erfolg – denn die Kommunen haben bei der Verteilung der Arztstühle kein Mitspracherecht. Auch der Seniorenbeirat fordert eine bessere hausärztliche Versorgung in allen Stadtvierteln. Denn das Problem wird Jahr für Jahr drängender.

Nun hat der Stadtrat beschlossen, zumindest in den Stadtteilen Freiham und Riem neue Gesundheitsberatungsstellen aufzubauen. Dort werden Gesundheitsberatungen und -untersuchungen angeboten und über Gesundheitsförderung informiert. Der Beschluss geht auf einen Antrag der Stadtratsfraktion und Forderung der Linken zurück, ein Konzept für gemeinnützige kommunale medizinische Versorgungszentren zu entwickeln.

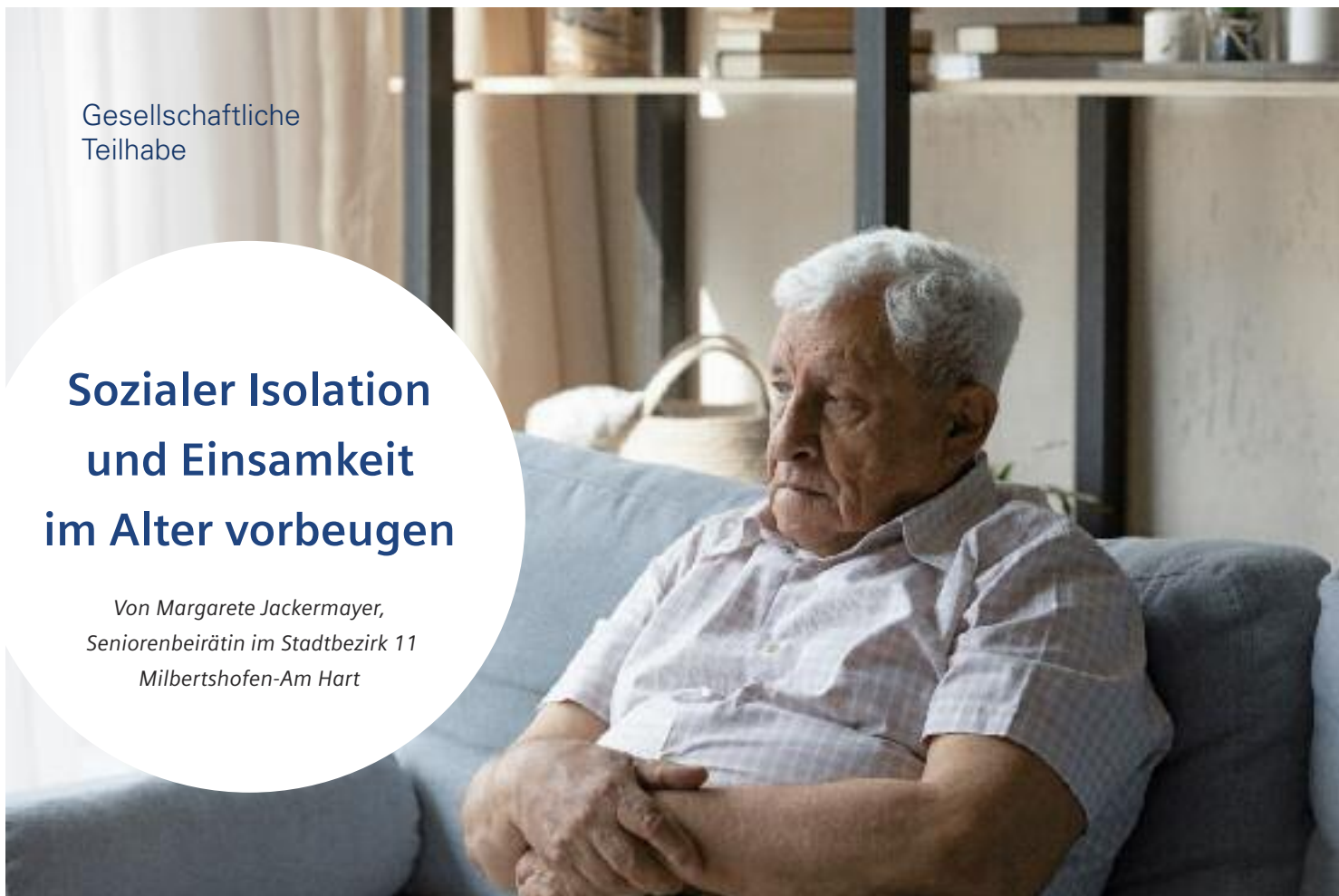


*In Freiham erhält das Gesundheitszentrum Unterstützung in Form einer Gesundheitsberatungsstelle.*

Gesellschaftliche  
Teilhabe

## Sozialer Isolation und Einsamkeit im Alter vorbeugen

Von Margarete Jackermayer,  
Seniorenbeirätin im Stadtbezirk 11  
Milbertshofen-Am Hart



Wenn man in München in der Fußgängerzone oder im Foyer einer kulturellen Einrichtung unterwegs ist, hat man den Eindruck, dass bei uns die älteren Menschen bestens versorgt sind. Dieser Eindruck täuscht jedoch, weil hier besonders die sogenannte „Wohlstands-Gesellschaft“ zu sehen ist. Der andere Teil der Bevölkerung ist wenig sichtbar. Denn mit zunehmendem Alter wird häufig das soziale Netz kleiner, die Menschen werden einsam und leben isoliert. Neben den fehlenden sozialen Kontakten schränken zudem oft finanzielle, gesundheitliche oder infrastrukturelle Gründe die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein. Doch durch soziale Teilhabe und Partizipation am gesellschaftlichen und kulturellen Leben steigen die Lebensqualität und Gesundheit älterer Menschen maßgeblich.

Die Seniorenvertretung der Stadt München setzt sich deshalb dafür ein, dass Einsamkeit und sozialer Isolation im Alter vorgebeugt und finanzielle Absicherung gestärkt werden. Dafür sollten folgende Punkte gesichert sein:

- finanzielles Auskommen, bei Bedarf durch Grundsicherung und Leistungen wie Wohngeld oder Mobilitätsfinanzierung
- gesundheitliche Versorgung
- geeignete und bezahlbare Wohnformen und Wohnraum wie betreutes Wohnen oder Mehrgenerationen-Häuser
- geeignete Angebote bei Pflege wie qualitative Tagespflege und stationäre Programme
- barrierefreie Infrastruktur mit Zugang zu Verkehrsmitteln und Einrichtungen
- niedrigschwelliger Zugang zu Bildungs-, Beratungs-, Kommunikations- und Freizeitangeboten

Viele Menschen leben heute länger und gesünder, aktiver und selbstbestimmter als je zuvor. Sie leisten oft auch im Alter wichtige Beiträge für die Gesellschaft. Deshalb ist es sinnvoll, ihre Fähigkeiten zu stärken und ziviles Engagement, Bildung und digitale Souveränität zu fördern.

Ältere Menschen müssen als eine Gruppe mit eigenen Bedürfnissen, Interessen und Vorlieben anerkannt werden. Sie müssen vor Ausgrenzung und Diskriminierung geschützt werden. Hierzu tragen gute Beziehungen zwischen den Generationen und eine positive Medienberichterstattung bei.

Dies verbessert nicht nur die Lebensqualität für ältere Menschen, sondern stärkt auch den sozialen Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft.

Ukraine-Krieg

## Soziale Verantwortung übernehmen und helfen

von Gerhard Krug, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Seniorenbeirats und des Fördervereins der Sozialstation Berg am Laim und Trudering e.V.

Der Bedarf an humanitärer Hilfe in der Ukraine wird immer dringender und größer. Das Gleiche gilt für unsere europäischen Nachbarländer, in die Menschen aus der Ukraine vor den andauernden und sich ausweitenden Kämpfen fliehen.

Mit Bestürzung und großer Sorge verfolgen der Förderverein der Sozialstation Berg am Laim und Trudering e.V., das unter seinem Dach tätige Alten- und Service-Zentrum sowie die Sozialstation Berg am Laim die Entwicklungen des Ukraine-Kriegs.

Solidarisch und hilfsbereit sein, den leidgeprüften Menschen in dieser dramatischen Situation zur Seite stehen: Das eint derzeit alle Beschäftigten und ehrenamtlich Tätigen, die selbst aus den unterschiedlichsten Ländern stammen. „Für uns alle ist es eine Herzensangelegenheit zu helfen“, so Horst-Dieter Marc, Vorstand des Fördervereins. „Mit dem Schrecken des Kriegs ist eine gelebte Welle der Menschlichkeit entstanden, die wir unterstützen.“

So wie die Auszubildende Olha, die um ihre Angehörigen, Freundinnen und Freunde im Kriegsgebiet bangt. Die gebürtige Ukrainerin befindet sich mitten in ihrer Ausbildung zur Pflegefachfrau bei der Sozialstation



Berg am Laim und Trudering. Fern der Heimat engagiert sie sich aktiv in der Ukraine-Hilfe in München und unterstützt die gemeinsame Hilfsaktion ihres Arbeitgebers und der Stern-Apotheke in Berg am Laim: Im März wurden hochkalorische Nahrung, Medikamente, Spritzen, Windeln und Verbandsmaterial verpackt und der ukrainischen griechisch-katholischen Kirchengemeinde in der Schönstraße übergeben.





**Seniorenbeirat**  
der Landeshauptstadt München

Seniorenbeirat der Landeshauptstadt München  
Burgstraße 4, 1. Stock  
80331 München